

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 57/007/2011

Ausschuss für Gesundheit und Sport am 10.11.2011

Zu Punkt 7: Bericht über die Arbeit der Projektgruppe "Agenda zur Inklusion"

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport nimmt den Bericht der Verwaltung zum Thema „Arbeit der Projektgruppe Agenda zur Inklusion“ zur Kenntnis.

Herr Schwabe erläutert den Stand der Projektgruppenarbeit. Er berichtet, dass die Gruppe derzeit Handlungsfelder und Querschnittsthemen aufbereitet. Darauf aufbauend ist ein „Soll-Ist-Vergleich“ geplant. Als Projektkoordinatorin wurde eine Mitarbeiterin der Kreisverwaltung, Frau Sandra Schramm, gewonnen, die sich in einer der nächsten Ausschusssitzungen auch persönlich vorstellen wird. In seinen weiteren Ausführungen weist er auf die bevorstehende Einbindung der kreisangehörigen Städte, der Behindertenbeauftragten - und verbände hin und stellt fest, dass mit diesen u.a. die Frage von Zuständigkeiten und möglichem Unterstützungsbedarf durch den Kreis erörtert werden müsse. Aktuell liegt dem Landrat ein Schreiben zur Unterschrift vor, in dem die Bürgermeister gebeten werden, den Inklusionsplan zu unterstützen. Herr Schwabe hofft zudem, aus dem angekündigten Aktionsplan des Landes „Eine Gesellschaft für alle – NRW – Inklusiv“ auch Nutzen für die Arbeit der Projektgruppe ziehen zu können. Abschließend gibt er noch den Hinweis, dass sich die virtuelle Kontaktstelle – entgegen den Ausführungen in der Vorlage - noch im Aufbau befindet.

In der sich anschließenden ausführlichen Aussprache wird die Arbeit der Projektgruppe grundsätzlich begrüßt. Die Ausschussmitglieder sehen übereinstimmend die Notwendigkeit, der Bevölkerung das Thema „Inklusion“ näher zu bringen. Die größte Barriere, die im Kopf der Menschen vorherrsche, sei die Angst vor Inklusion (Angst im Umgang mit behinderten Menschen / Angst, behinderte Menschen loszulassen). Diskutiert wird der Vorschlag einer Auftaktveranstaltung. Mit den kreisangehörigen Städten ist außerdem abzuklären, welche Maßnahmen einer Unterstützung des Kreises bedürfen.

KA Pätzold schlägt zunächst vor, dem Inklusionsplan einen „griffigen Namen“ zu geben. Außerdem rät er dazu, vor einer möglichen Auftaktveranstaltung die Veröffentlichung des Aktionsplanes des Landes abzuwarten. Des Weiteren regt er die Erstellung eines Sozialraumkatasters an. Schließlich betont er nochmals, wie wichtig die Einbindung der Betroffenen, der Behindertenverbände sowie der Politik vor Ort sei.

Frau Haase erklärt, dass – so wünschenswert eine Sozialraumanalyse auch sei – der Aufwand zur Erstellung und Pflege immens und folglich mit Bordmitteln des Kreises nicht leistbar wäre.

KA Schnitzler rät dringend dazu, die Aufgabe „Erarbeitung einer Agenda zur Inklusion“ genau zu definieren: eine flächendeckend umsetzbare Inklusionsplanung *im Kreis Mettmann* wird angesichts der unterschiedlich breit aufgestellten Städte höchstwahrscheinlich nicht realisierbar sein. Vielmehr sollte eine Inklusionsplanung *des Kreises Mettmann* im Fokus der weiteren Arbeit stehen. Dabei ist zu beachten, dass Inklusion nur vor Ort, mit den kreisangehörigen Städten, den betroffenen Menschen und den Verbänden funktioniert.

Nach abschließender Diskussion schließt die Vorsitzende, KA Stolz, die Aussprache. Das Thema „Inklusion“ wird den Ausschuss auch im kommenden Jahr regelmäßig beschäftigen. Der Arbeit der Projektgruppe wünscht sie viel Erfolg.